

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Internationale Grüne Woche ist die Leistungsschau der Land- und Ernährungswirtschaft. Mit einer Gesamtwertschöpfung von 161 Milliarden Euro sichert dieser Wirtschaftszweig allein in Deutschland rund 4,6 Millionen Arbeitsplätze. Jährlich kommen rund 400.000 Besucher, um Lebensmittel aus der Region und aus aller Welt zu verkosten, Tiere zu erleben und sich über die moderne Produktion unserer Nahrungsmittel zu informieren. Im Alltag der Verbraucherinnen und Verbraucher spielen Ernährung und gesunde sowie sichere Lebensmittel eine zentrale Rolle. Nie zuvor waren Lebensmittel in Deutschland so sicher, bezahlbar und vielfältig wie heute.

Eine gesunde und ausgewogene Ernährung ist wichtiger Bestandteil eines gesunden Lebensstils.

In Deutschland nehmen gesundheitliche Risiken und Krankheiten wie Übergewicht, Fettleibigkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu, deren Ursachen auch ein ungesundes Essverhalten und mangelnde Bewegung sind. Besonders besorgniserregend sind diese Entwicklungen bei jungen Menschen. Die Koalition setzt daher Impulse für eine gesunde Ernährung. Wir wollen zu einem gesunden Lebensstil motivieren, positive Anreize setzen und darauf hinwirken, dass insbesondere an Kindertagesstätten und Schulen alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern an einer gesunden und ausgewogenen Verpflegung teilhaben können.

Politik und Staat können und wollen den Menschen keinen bestimmten Lebensstil vorgeben. Die Politik kann sie aber mit unterschiedlichen Maßnahmen und Angeboten dabei unterstützen, Kompetenzen zur Ausprägung eines eigenen, gesundheitsfördernden und nachhaltigen Lebensstils zu erwerben (siehe Europäisches Kerncurriculum Ernährungsbildung).

Die Bundesregierung unterstützt bereits seit 2008 mit dem in der letzten Großen Koalition aufgelegten Nationalen Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ bis 2020 auf vielen Ebenen Maßnahmen zur Eindämmung von Fehlernährung und Bewegungsmangel und damit zur Prävention von krankhaftem Übergewicht. Dies muss fortgeführt und durch weitere Maßnahmen ergänzt werden. Denn insbesondere Kinder aus bildungs- und einkommensschwachen Familien sind von Fehlernährung betroffen. So ist es auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit, für ihre Teilhabe an gesunder Ernährung zu sorgen (in Kitas, Schulen etc.) und sie vor ungesundem Ernährungsverhalten zu schützen.

In diesem Zusammenhang spielt auch die Wertschätzung von Lebensmitteln eine wichtige Rolle. Wir wollen nicht nur die Ernährungsbildung und das Wissen über Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion stärken, sondern die Verbraucherinnen und Verbraucher auch für den Wert der Lebensmittel sensibilisieren, damit sie ihren Beitrag zur Reduktion vermeidbarer Lebensmittelabfälle leisten können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Bereich gesunde Ernährung und Prävention

- bei der Entwicklung einer nationalen Präventionsstrategie nach dem vorliegenden Gesetzentwurf des Präventionsgesetzes darauf hinzuwirken, dass die gesundheitlichen Risikofaktoren unausgewogene Ernährung und Bewegungsmangel angemessen berücksichtigt werden;
- sich dafür einzusetzen, dass die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) als einheitliche Mindeststandards für die Verpflegung insbesondere in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und allen öffentlichen Gemeinschaftskantinen eingeführt werden;
- Initiativen zur gesunden Ernährung wie „IN FORM“ und „Gesund ins Leben“ weiterzuführen und auszubauen (u. a. im Rahmen der nationalen Präventionsstrategie);
- bewährte Bundesprogramme der Familienförderung im Hinblick auf den Schwerpunkt „Gesunde Ernährung“ ergänzend zu profilieren und mit den erforderlichen finanziellen Mitteln auszustatten;

2. im Hinblick auf gesunde Ernährung für Kinder und Jugendliche

- die erfolgreiche Arbeit der Schulnetzungsstellen auch über die Jahre 2016/2017 hinaus zu unterstützen;
- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, die Programme für Schulobst und -gemüse sowie für Schulmilch zusammenzuführen und dabei so auszugestalten, dass eine Teilnahme der Bundesländer erleichtert wird;
- den Erwerb des Ernährungsführerscheins für Grundschul Kinder weiter zu ermöglichen und den Erwerb in weiterführenden Schulen in Zusammenarbeit mit Initiativen wie den Landfrauen auszubauen;

3. gemeinsam mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, dass

- Anbieter von Mittagsverpflegung sich im Rahmen eines „ErnährungstÜVs“ qualifizieren (Qualifizierungsnachweis) müssen;
- die DGE künftig als Nationales Qualitätszentrum die Netzungsstellen Schulverpflegung dabei unterstützt, die Qualität der Verpflegung weiter zu verbessern und durch Maßnahmen Caterer qualifiziert werden;
- die Erkenntnisse aus der aktuellen Studie der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg zur Schulverpflegung rasch umgesetzt und die DGE-Qualitätsstandards an Schulen und Kindertagesstätten in den Ausschreibungsverfahren und Verträgen mit den Trägern verankert werden;
- im Wege einer Bund-Länder-Gruppe das Leitbild einer gesunden, nachhaltigen erzeugten und vielfältigen Kita- und Schulverpflegung zu erarbeiten;
- Ernährungsaufklärung und Verbraucherbildung an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in den Lehrplänen und in der Aus- und Fortbildung von Lehrern und Erziehern verankert wird;
- an Kindertagesstätten und Grundschulen keine Süßigkeiten, Knabberzeug, Fast-Food und Softdrinks beworben werden;
- Kinder und Jugendliche z. B. über Schulgärten, Bauernhof-Schulpatenschaften o. Ä. lebensnah den Ursprung des Essens vermittelt bekommen;

4. gemeinsam mit der Lebensmittelwirtschaft und dem Lebensmittelhandel
 - eine nationale Strategie zu erarbeiten für die Reduktion von Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten;
 - darauf hinzuwirken, dass „quengelfreie“ (süßigkeitenfreie) Kassen in Supermärkten angeboten werden;
 - einen permanenten und vielfältigen gesellschaftlichen Dialog der landwirtschaftlichen Produzenten, der verarbeitenden Wirtschaft und deren jeweiligen Spitzenverbänden mit den Verbraucherinnen und Verbraucher zu unterstützen;
5. die Reduzierung vermeidbarer Lebensmittelabfälle konsequent voranzutreiben, insbesondere
 - mit der Wirtschaft ein verstärktes Angebot kleiner Packungsgrößen zu vereinbaren, das den Bedürfnissen von Singles und allein lebenden älteren Menschen Rechnung trägt;
 - die EU-Kommission in dem Vorhaben zu unterstützen, bei nichtverderblichen Lebensmitteln auf die Angabe eines Mindesthaltbarkeitsdatums zu verzichten;
 - sich auf EU-Ebene für die Abschaffung der noch verbliebenen obsoleten Handelsnormen einzusetzen;
 - weiterhin gezielt an der Reduzierung von vermeidbaren Lebensmittelabfällen zu arbeiten und dabei die gesamte Wertschöpfungskette einzubeziehen und die Kampagne „Zu gut für die Tonne“ auszubauen und fortzuführen.

Wir bekräftigen die Forderungen aus dem Antrag „Lebensmittelverluste reduzieren“ vom 16. Oktober 2012 (Bundestagsdrucksache 17/10987), u. a. die Zielmarkenvereinbarung mit der Wirtschaft, und fordern die Bundesregierung auf, den Deutschen Bundestag über den Stand der Umsetzung der darin vorgeschlagenen Maßnahmen zu unterrichten.

Berlin, den 13. Januar 2015

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Thomas Oppermann und Fraktion

